



KONTAKT

Martin Brüning

Kommunikation, Projektmanagement

+49 (0) 30 / 72 62 07 - 111

ROHSTOFFPOLITIK

Konfliktrohstoffe: WVMetalle kritisiert Entwurf der EU-Kommission

Franziska Erdle bemängelt eine „Sonderlast für die europäische Grundstoffindustrie“

Berlin (29.02.2016) – Die Wirtschaftsvereinigung Metalle bewertet den aktuellen Entwurf der EU-Kommission zu Konfliktrohstoffen kritisch. „Er steht diametral zum Beschluss des Europäischen Rats und ist ein Angriff auf die Grundstoffindustrie in Europa“, sagt Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle. Der Europäische Rat will übermorgen (2. März) über die Eckpunkte der EU-Kommission beraten.

Diese Eckpunkte sehen eine verpflichtende Regelung für die Upstream- und im Gegensatz dazu eine Freiwilligkeit für die Downstream-Industrie vor. Der Europäische Rat hatte sich zuvor allerdings mit großer Mehrheit generell auf eine freiwillige Selbstverpflichtung für Importeure von Mineralien und Metallen geeinigt. „Mit der Sonderlast für die Grundstoffindustrie wird die einheitliche europäische Wertschöpfungskette künstlich aufgespalten. Zugleich entstehe ein neuer Wettbewerbsnachteil“, kritisiert Erdle.

Die Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle verweist auch auf eine Umfrage des Verbands, nach der 90 Prozent der befragten Unternehmen im Fall einer verpflichtenden Regelung mit jährlichen Mehrkosten von bis zu einer halben Million Euro rechnen. Die meisten Kosten drohten demnach durch mehr Aufwand bei der Verwaltung sowie durch Personal- und Informationsbeschaffung. Davon wären vor allem kleinere und mittlere Unternehmen betroffen.

Mehr erfahren:

[WVMetalle-Position zum Verordnungsentwurf](#)